

Oberbürgermeister Peter Jung

Rede anlässlich der Einbringung des  
Haushaltsplanentwurfs 2006/2007 vor  
dem Rat der Stadt am 12. September 2005

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Herr Stadtdirektor Dr. Slawig und ich legen Ihnen heute den  
Haushaltsplanentwurf 2006/2007 vor.

Wir machen damit erneut von der rechtlichen Möglichkeit  
Gebrauch, den Haushalt für zwei Jahre aufzustellen.

Dies scheint uns auch diesmal sinnvoll zu sein, weil wir die  
Möglichkeit haben – nicht zuletzt aufgrund der doch recht  
eingeschränkten finanziellen Spielräume – unseren Haushalt  
für diesen Zeitraum exakt planen zu können. Darüber hinaus  
wird auch der Aufwand minimiert, der mit jeder  
Haushaltsplanung und Haushaltsaufstellung verbunden ist.

Ich denke, ich kann mit Fug und Recht sagen: Wir haben einen  
Haushalt aufgestellt, der Ihnen die Grundlagen für eine  
sachgerechte Beratung im Einzelnen bietet!

Vor Ihnen liegt – und diejenigen, die bereits länger diesem Rat  
angehören, kennen dies – ein umfangreiches, einige hundert

Seiten starkes Werk, das sich – und dies gebe ich gerne zu – nicht immer einfach lesen und handhaben lässt.

Der Haushaltsplan bildet jedoch die Grundlage allen städtischen Handelns.

Da letztlich alle Aktivitäten und Projekte, die die Stadtverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger erbringt, einen finanziellen Bezug haben, finden sie sich im Haushaltsplan wieder – ohne Haushalt gibt es keine Maßnahmen und kein städtisches Handeln.

Es lohnt sich also, sich mit ihm auch vertieft zu befassen!

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Stadtdirektor Dr. Slawig wird Ihnen nachher ausführlicher die Rahmendaten des Haushaltsplanentwurfs erläutern und Ihnen in sicherlich wieder eindrucksvoller Faktenorientierung zeigen, wo unsere Stadt heute finanziell steht!

Ich möchte den Blick auf einige besondere Aspekte lenken und Ihnen an wenigen Fakten die Situation verdeutlichen.

Zuvor – und dies ist mir wirklich ein Herzensbedürfnis – möchte ich an alle appellieren:

Die Zahlen des Haushaltsplans geben sicher nicht zur Freude Anlass, wir hätten uns insgesamt viel mehr finanziellen Handlungsspielraum gewünscht – wir wissen, dass teilweise sogar dringend notwendige Maßnahmen nicht mehr möglich sind oder zeitlich verschoben werden müssen – gleichwohl rufe ich Sie auf, nicht in Pessimismus und Fatalismus zu verfallen.

Wir müssen gemeinsam die Ärmel aufkrepeln, um das, was wir umsetzen können, auch mit Konsequenz und Kreativität zu verwirklichen. Wir müssen die Chancen, die auch dieser Haushalt noch bietet, ergreifen und die Stadtentwicklung voranbringen.

Wir haben die Möglichkeit, klare Prioritäten zu setzen und die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren und auch in vermeintlich kleinem Rahmen etwas zu bewegen! Die Mentalität, sich selbst zu bemitleiden, die Schuld auf andere zu schieben und damit eine negative Grundstimmung zu schaffen, ist falsch. Wir brauchen für die Entwicklung unseres schönen Wuppertals eine positive Grundstimmung – helfen Sie mit, dass wir sie erreichen!

Unsere Gesellschaft ist auf bürgerschaftliches Engagement gerade in Zeiten finanzieller Restriktionen mehr denn je angewiesen. Wir werden uns in Zukunft nicht mehr alles leisten können, was wünschenswert und vielleicht sogar notwendig ist – und der Ruf nach der „öffentlichen Hand“ bleibt häufig ungehört.

Ich rufe daher ausdrücklich dazu auf, sich für unsere Stadt zu engagieren, mitzumachen, Ideen zu entwickeln, Projekte zu initiieren, anderen zu helfen. Wir können hier auf sehr guten Strukturen aufbauen – bürgerschaftliches Engagement findet schon in großem Maße in Bürgervereinen, Interessengemeinschaften, Fördervereinen, Sportvereinen,

sozialen Einrichtungen, aber auch durch viele Einzelne statt. Dieses Engagement macht nicht nur Spaß, es bringt auch unsere Stadt voran. Erst in jüngerer Vergangenheit haben wir wieder herausragende Beispiele von Mäzenatentum erlebt, das in Wuppertal eine lange Tradition hat – und beweist: Die Förderung von Kunst, Kultur, sozialen Einrichtungen und anderen Bereichen wäre ohne dieses selbstlose Engagement nur schwer möglich.

Der Haushaltsplanentwurf weist im Verwaltungshaushalt im Jahre 2006 auf der Einnahmeseite 915 Mio. € und auf der Ausgabeseite 1369 Mio. €, also 1,369 Milliarden Euro auf. Im Jahre 2007 betragen die Zahlen 942 Mio. € auf der Einnahmeseite und 1597 Mio. € - also 1,597 Milliarden Euro auf der Ausgabeseite.

Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt 119,5 Mio. € im Jahre 2006 und 95,4 Mio. € im Jahre 2007.

Der Gesamtrahmen der Kredite soll auf 26,4 Mio. € im Jahre 2006 und 23,8 Mio. € im Jahre 2007 festgesetzt werden.

Der sogenannte strukturelle Fehlbedarf wird im Jahre 2006 143 Mio. € und im Jahre 2007 135 Mio. € betragen.

Diese nackten Zahlen, die zunächst einmal ein düsteres Bild auf die Situation unserer Stadt zu werfen scheinen, bedürfen jedoch der Erläuterung und Relativierung.

So hat bereits der Rechnungsabschluss für das Jahr 2004 gezeigt, dass gegenüber den Ansätzen eine signifikante Verbesserung zu verzeichnen gewesen ist, die saldiert rd. 66 Mio. € betragen hat.

Sie war im Wesentlichen geprägt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und Minderausgaben bei den Personalkosten, beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand sowie bei den Leistungen der Sozialhilfe.

Dies alles darf gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, dass der strukturelle Ausgleich des Haushalts im Finanzplanungszeitraum bis 2010 nicht erreichbar ist.

Angesichts dessen sind weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung dringend erforderlich. Herr Stadtdirektor Dr. Slawig und ich werden Ihnen Vorschläge hierfür noch zu den Haushaltsplanberatungen vorlegen.

Die Chancen, aber auch Risiken, denen unser Haushalt insgesamt unterworfen ist, möchte ich an wenigen Beispielen und Zahlen deutlich machen:

Die Entwicklung der Gewerbesteuer ist positiv: Bei seit Jahren gleichbleibendem Hebesatz von 440 haben wir für das Jahr 2005 128,2 Mio. € angesetzt – ich gehe jedoch davon aus, dass

wir zum Jahresende eine deutlich höhere tatsächliche Gewerbesteuerleistung der Unternehmen erreichen.

Für die kommenden Jahre haben wir diese Prognose fortgeschrieben und in beiden Jahren jeweils 170 Mio. € angesetzt.

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wird sich nach den jetzigen Erkenntnissen hingegen weiter reduzieren.

Für das Jahr 2005 ist gegenüber dem Ansatz von 116 Mio. € nur eine Schlüsselzuweisung von 93,5 Mio. € gezahlt worden. Erst für das Jahr 2007 gehen wir hier wieder von einer Steigerung aus.

Die Entwicklung der Sozialhilfeleistungen ist zurzeit nur sehr schwer prognostizierbar – in einigen Bereichen kommt es zu Verbesserungen – bedingt durch die Ergebnisse der Reformen –, die jedoch an anderer Stelle, z.B. im Bereich der Leistungen der Grundsicherung, wieder negativ ausgeglichen werden.

Meine Damen und Herren, unser Haushalt ist zu über 90 % geprägt durch Faktoren, auf die wir als Stadt keinen Einfluss haben – entweder weil wir Pflichtaufgaben wahrzunehmen haben, durch vertragliche Vereinbarungen gebunden sind oder weil wir auf Einnahmen angewiesen sind, die außerhalb unserer Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Selbst wenn wir alle freiwilligen Leistungen – was niemand ernsthaft fordern kann – einstellen und damit unsere Stadt praktisch zu einer „Geisterstadt“ machen würden, gelänge es uns nicht, unser

strukturelles Defizit abzubauen. Wir befinden uns in einer wirklichen „Finanzfalle“.

Unser Finanzproblem, vor dem wir nicht die Augen verschließen dürfen, ist eben nicht hausgemacht, sondern strukturell bedingt – was seine Lösung nicht gerade einfacher macht.

Ich komme nachher noch einmal mit deutlichen Forderungen an Bund und Land auf diese Thematik zurück.

Trotz all dieser ungünstigen Rahmenbedingungen ist es uns aber gelungen, die Spirale nach unten aufzuhalten und den Trend umzukehren. Dies ist nur möglich gewesen durch eindeutige Prioritätensetzung und einen strikten Konsolidierungskurs.

Ich erinnere hier an unser mit der Verabschiedung des Etats für die Jahre 2004/2005 beschlossenes und in großen Teilen bereits umgesetztes Haushaltssicherungskonzept, das so schmerzliche Maßnahmen wie die Streichung von Mitteln für Arbeitsförderungsmaßnahmen, die Kürzung von Zuschüssen und die weitere Reduzierung der Personalkosten enthalten hat. Die Auflösung der Meldestelle Elberfeld z.B. hat sowohl eine Einsparung zur Folge gehabt, gleichzeitig ist es uns aber gelungen, in Barmen die Serviceorientierung für die Bürger, durch erheblich verkürzte Wartezeiten, deutlich zu verbessern. Diese HSK-Maßnahme hat also einen doppelt positiven Effekt gehabt.

An dieser Stelle möchte ich allen Geschäftsbereichen danken, dass sie stets im Sinne des Ganzen gehandelt, auch Vorschläge unterbreitet haben, die im eigenen Bereich wehgetan haben und für die intern große Überzeugungsarbeit geleistet werden musste. Sie alle haben damit dazu beigetragen, die konsequente Umsetzung des HSK möglich zu machen.

Auf diesem Wege der Priorisierung und Konsolidierung müssen wir weitergehen, aber – und dies sage ich ganz deutlich – wir dürfen nicht sparen um des Sparen willens.

Es darf keine Situation geben, wo die Aufgabe von Stadtkämmerer und Oberbürgermeister nur noch darin besteht, Mittel für pflichtige Aufgaben zu verwalten! Dies entspricht nicht der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie und ist das Ende jeder Stadtentwicklung! Leider stehen wir kurz vor diesem Zustand.

Ich versichere Ihnen an dieser Stelle: Wo immer mir dies möglich ist, werde ich mich für eine verbesserte, gerechte Finanzausstattung der Kommunen einsetzen. Was nützen uns schöne Worte über die besondere Verantwortung, die gerade Kommunen für die Menschen haben, wenn wir am Tropf der Übergangswirtschaft hängen, von dem wir uns aus eigener Kraft nicht befreien können.



Wuppertal ist eine lebendige und sich entwickelnde Stadt, die – wie viele andere vergleichbare Kommunen auch – vor großen Herausforderungen steht. Die vermutlich größte dieser Herausforderungen stellt der sogenannte jetzt häufig zitierte demographische Wandel dar.

Auch hier will ich Ihnen nur einige Fakten nennen:

Seit 1993 ist die Einwohnerzahl um mehr als 27.000 geschrumpft, dies entspricht rd. 7 %.

Dabei ist dieser Bevölkerungsrückgang zu 60 % durch ein negatives Wanderungssaldo und zu 40 % durch ein negatives Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen bestimmt worden. Mit anderen Worten heißt dies: Viele Einwohner verlassen Wuppertal, überwiegend um sich im Umland niederzulassen – und: Die Zahl der Neugeborenen ist zu gering. Wuppertal verliert im Schnitt 2.200 Einwohner pro Jahr.

Die jetzt vorliegende aktuelle Bevölkerungsprognose bestätigt diesen Trend: Bis zum Jahre 2020 wird mit dem Verlust von weiteren rd. 29.000 Einwohnern gerechnet (also einem weiteren Rückgang um rd. 8 % gegenüber Ende 2004). Wir werden dann nur noch rd. 333.000 Einwohner haben.

Hinzu kommt, dass es tendenziell zu einer Zunahme der älteren Bevölkerung bei gleichzeitigem Rückgang der Erwerbstätigen kommen wird – schon jetzt sind 20 % der Einwohner Wuppertals über 65 Jahre alt. Und ein Letztes: Die Zahl der in Wuppertal lebenden Personen mit Migrationshintergrund wird insgesamt steigen, er beträgt jetzt rd. 22 %. Man kann also mit

Fug und Recht sagen: Wir werden weniger, älter und unterschiedlicher!

Aber muss dies schlecht sein – liegt nicht auch eine Chance darin?

Stadtpolitik hat die Aufgabe, auf diese Entwicklungen die richtigen Antworten und Konzepte zu finden.

Die Konsequenzen werden nämlich für uns alle und in allen Bereichen spürbar werden; hier nur einige Aspekte zur Verdeutlichung:

Der gesamte Sektor des Wohnens wird sich nachhaltig verändern. Es kommt zu einer Reduzierung der Zahl der Haushalte, wahrscheinlich zu einem ansteigenden Bedarf an altersgerechtem Wohnraum. Die Leerstandsproblematik - aktuell gibt es schon rd. 11.000 leerstehende Wohnungen in Wuppertal - wird sich verschärfen.

Die soziale Infrastruktur wird sich anpassen müssen. Ich nenne hier den Schulbereich und die Tageseinrichtungen für Kinder. Das Nutzerverhalten von Kultur- und Freizeiteinrichtungen ändert sich.

Schließlich wird auch die Integration noch größere Bedeutung als bisher gewinnen!

Auswirkungen ergeben sich selbstverständlich auch für den Arbeitsmarkt, den Einzelhandel, die Stadtteilentwicklung – und selbstverständlich auch die kommunalen Finanzen – ich habe dazu bereits ausgeführt, dass wir die Konsequenzen des

Einwohnerrückgangs durch geringere Schlüsselzuweisungen bereits spüren.

Um dieses übergreifende, alle Bereiche städtischen Handelns und Lebens tangierende Thema „Demographischer Wandel“ jetzt schnell anzugehen, habe ich mich mit dem Rektor der Bergischen Universität, Herrn Professor Dr. Ronge, auf eine Zusammenarbeit in diesem Bereich verständigt. Wir wollen unser auf beiden Seiten – Stadtverwaltung und Universität – vorhandenes Wissen bündeln und werden dazu kurzfristig eine gemeinsame Arbeitssitzung durchführen, die sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftigt.

Der demographische Wandel trifft zusammen mit der zweiten großen Herausforderung für unsere Stadt – der Bewältigung des Strukturwandels – und letztlich sind beide Themenbereiche auch eng miteinander verzahnt:

Wuppertal hat - ebenso wie der gesamte Bergische Raum - in den letzten Jahren, teilweise fast unbemerkt, einen rasanten Strukturwandel durchlebt, der auch immer noch nicht abgeschlossen ist.

So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in den letzten 15 Jahren von 151.000 auf 115.000 zurückgegangen – dies bedeutet ein Minus von rd. 22 %.

Im gleichen Zeitraum sind die Industriebetriebe mit mindestens 20 Beschäftigten ebenfalls zurückgegangen – und zwar um 90 Unternehmen – dies entspricht 25 %.

Damit korrespondiert ein Rückgang der Beschäftigten in diesen Betrieben um rd. 28.500.

Und noch eine Zahl, die ebenfalls in diesem Zusammenhang nicht verwundert: Die Industrieumsätze sind um rd. 25 % eben in diesem Zeitraum zurückgegangen und haben mit dazu beigetragen, dass wir im Moment eine Arbeitslosenquote von 15,2 % haben. Diese 27.500 Arbeitslosen sind 27.500 Einzelschicksale, von denen inzwischen rd. 10.000 sogenannte Langzeitarbeitslose sind.

Die ganze Dimension wird erst deutlich, wenn man weiß, dass auch die Familien – und damit weit mehr Personen, vor allen Dingen viele Kinder und Jugendliche – unter der Arbeitslosigkeit leiden.

Ich möchte mit diesen Fakten kein Schreckensszenario aufbauen, aber schon deutlich machen, wo in Zukunft meines Erachtens unsere besonderen Herausforderungen liegen.

Wir müssen uns darauf konzentrieren, alles dafür zu tun, um die Wirtschafts- und Innovationskraft Wuppertals zu stärken und alle Maßnahmen darauf auszurichten, wieder Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, wengleich Politik - und dies ist keine neue Erkenntnis – lediglich günstige

Rahmenbedingungen schaffen kann. Auf dem hier eingeschlagenen Weg müssen wir konsequent weitergehen.

Wuppertal ist traditionell in den Bereichen der Textil-, Chemie-, Automobilzulieferer- und Werkzeugindustrie stark und hier durch mittelständische Unternehmensstrukturen geprägt.

Diese Strukturen müssen wir erhalten und die bestehenden Unternehmen, die häufig genug Familienunternehmen sind, in ihrem Bestand pflegen.

Damit meine ich, dass wir ihnen helfen müssen, ihre vorhandenen Probleme zu lösen, dass wir ihnen bei Umsiedlungs- oder Erweiterungswünschen entgegenkommen müssen, dass wir mithelfen müssen, ihre Mitarbeiter zu qualifizieren und auf neue Rahmenbedingungen und Märkte einzustellen.

Dazu ist ein regelmäßiger Kontakt zu den Unternehmen erforderlich. Die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft leistet hier hervorragende Arbeit. Sie ist der zentrale Ansprechpartner für die Unternehmen und fungiert als anerkannter Dienstleister. Die Gesellschaft kann mit ihren hervorragenden Kontakten zu Unternehmen und wirtschaftsnahen Institutionen eine nicht zu unterschätzende Hilfestellung z.B. bei Existenzgründungsvorhaben, bei der Suche nach neuen Gewerbeflächen im Rahmen von Unternehmensexpansionen, bei gewerblichen Bauvorhaben und entsprechenden Nutzungsänderungsanträgen leisten.

Zudem gewährt sie Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln auf Landes-, Bundes- oder auch Europäischer Ebene, beispielsweise zur Potenzialberatung oder Technologieförderung.

Neben der Bestandspflege kommt es auch ganz wesentlich darauf an, neue Firmen anzusiedeln. Es darf nicht den Fall geben, dass ein Unternehmen bei uns anklopft, sein Konzept vorstellt und dann auf die lange Bank des Prüfens und Wartens geschoben wird. Wir befinden uns in einem harten Wettbewerb - längst nicht mehr nur mit dem unmittelbaren Umland, sondern weit darüber hinaus! Wir können es uns nicht mehr leisten, uns die Rosinen herauszupicken und Firmen vor den Kopf zu stoßen! Jeder seriöse Investor muss bei uns offene Türen finden – ich erwarte daher von allen städtischen Dienststellen und meiner Wirtschaftsförderung, dass sie alles dafür tun, jedes Vorhaben schnellstmöglich mit dem Ziel der Realisierung zu prüfen und möglich zu machen!

Zur Abstimmung aller dafür notwendigen Schritte tagt wöchentlich ein Gremium der beteiligten Fachdienststellen. Dadurch sollen alle Informationen gebündelt, unnötige schriftliche Anfragen und Bearbeitungswege vermieden und schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren gewährleistet werden.

Wichtige Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Firmen ist ein bedarfsorientiertes Angebot an Gewerbeflächen:

Der Rat der Stadt hat bereits vor einiger Zeit dazu einen sogenannten Masterplan zur Entwicklung von Wuppertaler Gewerbeparks verabschiedet. Er baut auf die Stärken unserer Stadt in den verschiedenen Wirtschaftszweigen: Moderne kommunale Wirtschaftspolitik muss ein eigenes Profil herausarbeiten und den Focus auf Kompetenzfelder legen. Dabei gilt es eben die Stärken noch stärker zu machen.

Unsere Stärken liegen – und dies haben detaillierte Untersuchungen belegt – in den Bereichen Automobilzulieferung, Gesundheitswirtschaft, Metallverarbeitung, Maschinen- und Werkzeugbau sowie in der Event- und Kommunikationswirtschaft.

Für diese Felder werden Gewerbeparks entwickelt, wobei die Themenbezogenheit kein Dogma an sich sein darf. Dadurch wollen wir in einem sich verschärfenden Standortwettbewerb Profil zeigen und damit Außenwirkung für den gesamten Wirtschaftsstandort Wuppertal entfalten.

In diesem Sinne werden wir jetzt folgende Flächen mit Nachdruck angehen:

Der ehemalige Standort der Generaloberst Hoepner-Kaserne weist netto eine Fläche von 26,5 ha auf und soll mit der inhaltlichen Schwerpunktsetzung Automobilzulieferung/Maschinen- und Werkzeugbau entwickelt werden.

Hier stehen wir zurzeit in engen Verhandlungen mit der vom Bund beauftragten Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb. Auch für die Standortverwaltung laufen zurzeit Gespräche.

Entscheidend wird hier auch sein, wann es möglich wird, die L 419 neu zu bauen. Insbesondere durch eine optimale Verkehrsanbindung lässt sich auf dieser Fläche im vorgesehenen Sinne Gewerbe ansiedeln. Hier appelliere ich an den Bund: Wer die Vollendung der L 418 gewollt hat – und diese wird Anfang 2006 mit der Eröffnung des Burgholz-Tunnels Realität -, darf nicht bei der L 419 stehen bleiben.

Dankenswerterweise hat sich Minister Oliver Wittke bereit erklärt, sich beim Bund für eine Höherstufung in der Prioritätenliste einzusetzen. Wir brauchen den kompletten Lückenschluss in beide Richtungen – dies steigert die Attraktivität der Fläche.

Der zweite Gewerbepark wird auf der Kleinen Höhe entstehen – ich weiß, dass dies ein ökologisch umstrittener Bereich ist. Dennoch ist er für unser Gesamtkonzept unverzichtbar. Hier sollen sich Unternehmen aus dem Bereich wachsender Märkte und insbesondere aus dem Kompetenzfeld Gesundheitswirtschaft ansiedeln – in optimaler Nähe zum Forschungszentrum Aprath. Nach jahrelangen intensiven politischen Diskussionen wird zurzeit der Offenlegungsbeschluss vorbereitet.



Unabhängig von unseren Bemühungen, den Media-Park gem. Beschlusslage des Rates am Arrenberg zu realisieren, werden wir versuchen, unser Kompetenzfeld Event-Marketing auch in einem anderen Bereich zu positionieren.

Nachdem das Traditionsunternehmen Quante seinen Standort an der Uellendahler Straße verlassen hat, hat sich dort Riedel Kommunikation niedergelassen und seinen Gewerbepark IDEON gegründet. So haben sich hier in etwas mehr als zwei Jahren zahlreiche Firmen angesiedelt, die der Eventindustrie zuzuordnen sind – dies ist ein deutlicher Beleg für den Erfolg dieses modernen wirtschaftspolitischen Ansatzes.

Sehr geehrte Damen und Herren, der vierte Bereich, den wir zu einem Gewerbepark entwickeln wollen, liegt auf dem ehemaligen Rangierbahnhof in Vohwinkel.

Es hat sich leider eine Geschichte abgespielt, die nicht nur mich sehr verärgert hat:

Auf eine Fläche, die gut geschnitten ist, verkehrstechnisch hervorragend liegt und sich für die Ansiedlung insbesondere kleinerer und mittlerer Betriebe – also des Rückgrats unserer Wirtschaft – eignet, sollen wir verzichten, weil sich Zauneidechsen angesiedelt haben, die auf der sogenannten „Roten Liste“ schützenswerter Tiere stehen.

Es wurden Ortsbesichtigungen durchgeführt, Gutachten vergeben und Stellungnahmen geschrieben. Das ernüchternde Ergebnis nach mehreren Monaten war dann folgendes: Die ursprünglich vorgesehene Gewerbefläche ist von 20 auf zunächst 12,5 und dann letztlich auf rd. 6 ha heruntergeschraubt worden. Ich sage Ihnen ganz offen: Für ein solches Vorgehen kann ich kein Verständnis aufbringen.

Würden wir dieses Ergebnis akzeptieren, so hätte dies zur Folge, dass die Entwicklung eines Gewerbegebietes gänzlich unmöglich gemacht würde. Was sollen wir mit einem ungünstig gelegenen Restareal von vielleicht 6 ha anfangen! Hierfür Steuermittel aufzuwenden, macht keinen Sinn mehr und wäre unverantwortlich.

Dem Schutz der Zauneidechse wird Vorrang vor dem Schutz und der Schaffung von Arbeitsplätzen eingeräumt! Hier muss Politik handeln! Man muss sich schon fragen, ob nicht eher der deutsche Industriearbeiter auf die „Rote Liste“ gesetzt werden muss.

Ich bin, nachdem ich den Sachverhalt dem neuen Umweltminister Uhlenberg dargelegt habe, sehr zuversichtlich, dass eine Lösung in unserem Sinne erreicht wird. Entsprechende Signale dazu habe ich bereits erhalten! Wir dürfen diese Fläche nicht ungenutzt und nur für die Zauneidechsenpopulation liegen lassen!

Sehr geehrte Damen und Herren, für diese themenbezogenen Gewerbeparks wird jetzt kurzfristig unter Federführung der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft ein Vermarktungskonzept entwickelt. Es stellt letztlich den entscheidenden Baustein für eine erfolgreiche Umsetzung unserer Strategie dar und wird sich eben wesentlich mit der Frage beschäftigen: Wie interessieren wir potenzielle Firmen und Investoren für die Flächen und bringen diese Flächen dann letztlich an den Markt, um Arbeitsplätze in unserer Stadt zu schaffen und damit unsere Wirtschaft wieder nach vorne zu bringen! Arbeitsplätze schaffen Kaufkraft, Kaufkraft hilft den Unternehmen, stärkt die Infrastruktur, macht unsere Stadt attraktiver!

Meine Damen und Herren, neben diesen Gewerbeparks vernachlässigen wir selbstverständlich nicht andere Gewerbeflächen. Wie ich bereits dargestellt habe, müssen wir auf Neuansiedlungen von Betrieben, auf Erweiterungswünsche bestehender Firmen am angestammten Standort und innerstädtische Verlagerungen bestehender Betriebe reagieren können. Ein Handlungsprogramm Gewerbeflächen, das den Gremien im Herbst vorgelegt wird, errechnet einen gesamtstädtischen Gewerbeflächenbedarf von rd. 150 ha und wird detailliert aufzeigen, welches Flächenpotenzial zur Verfügung steht, welche Nutzungsmöglichkeiten bestehen, welche Planungsschritte einzuleiten sind und welche

Zeithorizonte bestehen. Es wird auch darlegen, dass wir zuerst all diejenigen Flächen entwickeln müssen, die sofort zur Verfügung stehen und gut verwertbar sind.

Dazu zählen z.B. die Flächen Linde und Bahnstraße/Nösenberg.

Das Handlungsprogramm wird uns auch zeigen, dass wir zwar über zahlreiche Brachflächen – gerade im Innenstadtbereich – verfügen, diese jedoch meist nicht für die Gewerbeansiedlung in Betracht kommen, weil die Gemengelage dies nicht zulässt.

Zur Stärkung der Wirtschafts- und Innovationskraft Wuppertals gehört es auch, Positives herauszustellen. Wir Bergischen neigen ja eher zu Bescheidenheit und Untertreibung. Dafür gibt es keinen Grund – gerade wenn es um wirtschaftliche Leistungen geht.

Der Wuppertaler Wirtschaftspreis ist ein positives Beispiel für zunehmendes Selbstbewusstsein.

In Ergänzung des Wirtschaftspreises haben wir vor kurzem den Ausbildungspreis ausgeschrieben und ich habe am 09.09. die Preise an Unternehmen verliehen, die sich vorbildlich um Ausbildung gekümmert haben!

An dieser Stelle möchte ich - gerade vor dem Hintergrund des beginnenden Ausbildungsjahres - an alle, die Verantwortung tragen, appellieren:

Geben Sie den jungen Menschen eine Chance, eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Nichts ist schlimmer, als sich als junger Mensch nutzlos zu fühlen.

Es darf in Wuppertal keine sogenannten „unversorgten Bewerber“ geben!

Die Stadtverwaltung und die mit ihr verbundenen Unternehmen gehen hier mit gutem Beispiel voran und bilden rd.  $\frac{1}{4}$  aller Auszubildenden über Bedarf aus. Denn: Eine abgeschlossene Ausbildung ohne garantierte Übernahme ist besser als gar keine Ausbildung!

Sehr geehrte Damen und Herren, neben der Stärkung des Wirtschaftsstandortes müssen wir ein Bündel weiterer Maßnahmen für die Attraktivität und Vitalität unserer Stadt anpacken. Es geht darum, den Trend der Stadtfucht umzukehren und Wuppertal zu einer familienfreundlichen, lebensfrohen Stadt zum Wohlfühlen zu entwickeln. Hier sind wir auf einem guten Wege.

Um der Stadtfucht zu begegnen, ist es auch zukünftig unverzichtbar, attraktiven Wohnraum mit kurzen Wegen zu Arbeitsstätten, Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Einrichtungen zu schaffen.

Die eingeleiteten Maßnahmen unseres Ein- und Zweifamilienhausprogramms werden daher fortgesetzt.

Daneben bleibt die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für breite Schichten der Bevölkerung eine unverzichtbare Säule der Wohnungspolitik.

Der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt immer größere Bedeutung zu. Die Gesellschaft muss darauf in verschiedenster Weise reagieren. Das, was die Stadt tun kann, will sie tun!

So haben wir in einem großen auch finanziellen Kraftakt das Projekt Offene Ganztagsgrundschule realisiert. Dafür gilt mein Dank allen Beteiligten - den Schulen, der Schulverwaltung und den Betreuungsvereinen.

Im Bereich der Kindertagesstättenplätze haben wir einen guten Stand erreicht, wenngleich noch nicht in allen Stadtbezirken der angestrebte Versorgungsgrad vorliegt. Unsere Bemühungen müssen sich jetzt darauf konzentrieren, den Bedarf der Betreuung der unter Dreijährigen zu gewährleisten.

In den letzten Monaten ist fast unbemerkt eine Initiative entstanden, die sich Wuppertaler Familienclub nennt.

Hier haben sich zahlreiche private und öffentliche Institutionen, Vereine und Dienststellen zusammengetan, um gemeinsam Aktivitäten, Projekte und Vergünstigungen für Familien auf den Weg zu bringen.

Diese Initiative ist es aus meiner tiefsten Überzeugung wert, weiter gefördert zu werden.

Ich werde daher in der nächsten Zeit ein Paket unter dem Titel „Bündnis für Familien“ schnüren! Familien sind und bleiben die Keimzelle unseres gesellschaftlichen Lebens – wir müssen sie im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen und fördern! Dazu gehören z.B. verbesserte Betreuungsangebote, optimale Freizeitangebote, Maßnahmen in Unternehmen, familiengerechte Wohnangebote – um nur einiges zu nennen.

Zu einer Stadt zum Wohlfühlen gehört – und hier komme ich auf einen Punkt, auf den sicherlich viele von Ihnen immer wieder angesprochen werden – auch das Thema Sauberkeit.

Auch wenn ich immer gerne sage, dass kein Flugzeug über Wuppertal fliegt und Dreck ablädt, sondern dass wir alle selbst diejenigen sind, die ihn verursachen, so müssen wir ernsthaft feststellen, dass wir hier ein Problem haben. Zahlreiche Schreiben von Bürgern, die mich erreichen, und viele Leserbriefe belegen, dass sich die Menschen mit diesem Thema befassen und Verbesserungen erwarten.

Die Möglichkeiten der Stadt sind hier aber nur begrenzt; die Mitarbeiter des Straßenreinigungsbetriebes tun ihr Möglichstes – dafür meinen herzlichen Dank! Wir können nur hoffen, dass immerwährende Appelle und gezielte Aktionen – wie der Wupperputz-Tag und der am letzten Wochenende durchgeführte Picobello-Tag, für den ich mich bei allen Beteiligten bedanken möchte – aber auch konsequentes Ahnden von Fehlverhalten durch den personell verstärkten

Kommunalen Ordnungsdienst bald einmal positive Früchte tragen.

Wuppertal ist und bleibt eine Stadt mit lebendigen Stadtteilen. Hier fühlen sich die Menschen zu Hause, hier werden Veranstaltungen und Stadtteulfeste organisiert. Diese Vielfalt und das hieraus resultierende Lebensgefühl gilt es zu erhalten. Im Rahmen meiner Wandergespräche habe ich die Schönheit, Vielfalt und Besonderheit unserer Stadt wieder bewusst erleben dürfen.

Ein Pfund, mit dem Wuppertal wuchern kann, ist sein vielfältiges Kulturangebot. Deshalb werden wir auch in Zukunft die Historische Stadthalle als Kultur-, Tagungs- und Kongresszentrum stärken; die Hauptinvestitionsmaßnahme in den nächsten Jahren stellt die Sanierung des Opernhauses dar, das nach den bisherigen Planungen zur Spielzeit 2008/2009 wiedereröffnet wird.

Das von der Heydt-Museum beweist mit seinen bedeutenden Ausstellungen, dass es eine unserer Wuppertaler Attraktionen darstellt und viele auswärtige Kunstliebhaber anzieht.

Die Wuppertaler Bühnen haben sich als eigenständige Einrichtung etabliert und finden auch im bergischen Raum hohe Anerkennung!

Unser Sinfonieorchester wird auch in Zukunft viel Zuspruch erhalten und uns wunderschöne Aufführungen präsentieren.



Und schließlich: Was wäre Wuppertal ohne Pina Bausch und ihr Tanztheater – wir können stolz auf ihre Arbeit und Verbundenheit mit unserer Stadt sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, Maßnahmen zur Anpassung an die sich verändernden sozialen Strukturen sind zwingend erforderlich.

Hierhinter verbirgt sich das weite Feld des Erhalts unseres sozialen Wuppertals unter den neuen Rahmenbedingungen und Anforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Die Umsetzung der Sozialreformen in der Stadt war ein hartes Stück Arbeit. Gemeinsam mit der Wuppertaler Agentur für Arbeit haben wir es in außerordentlich kooperativer Zusammenarbeit aber geschafft, in sehr kurzer Zeit die erforderlichen Strukturen zu schaffen und arbeitsfähig zu machen.

Die Sozialreform war und ist für unsere Verwaltung eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Es ging nicht nur um eine völlige Neuordnung des Arbeitslosen- und Sozialhilfesystems, sondern um Qualifizierung des Personals, um räumliche Verlagerungen, um die Installierung neuer technischer Vorgaben und Systeme – und schließlich um die Form der Aufgabenwahrnehmung. Wir haben uns für die Arbeitsgemeinschaft, die sog. ARGE, entschieden und sind sehr gut damit gefahren. Alle Mitarbeiter der ARGE leisten Hervorragendes – und dies trotz manchmal schwierigster

Bedingungen. Ich wünsche mir nur noch, dass bald die Möglichkeit besteht, endlich mehr Zeit in die Vermittlung der Arbeitslosen zu verwenden. Das dafür notwendige Personal soll – so die Information aus Nürnberg - bis Ende des Jahres von der Bundesagentur bereitgestellt werden.

Ich lege auch in Zukunft Wert auf eine kooperative Zusammenarbeit mit den caritativen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden. Ohne sie lassen sich die sozialen Strukturen und der erreichte Standard nicht aufrechterhalten.

Dem trägt im Übrigen auch der Haushaltsplanentwurf Rechnung – die Summe der Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke – und diese kommen im Wesentlichen auch den von mir angesprochenen caritativen Organisationen zu Gute – beträgt in den kommenden beiden Jahren je rd.

80 Mio. €.

Wir werden auch in Zukunft in die Jugendarbeit in unserer Stadt investieren; die Jugendeinrichtungen von Stadt und Freien Trägern sind wichtig für unser soziales Wuppertal und müssen erhalten bleiben.

Das Haus der Jugend wollen wir – vorausgesetzt, das Land gibt unserem Förderantrag statt – konzeptionell neu gestalten und modernisieren.

Dafür ist ein städtischer Eigenanteil von 1,5 Mio. € vorgesehen.

Sehr geehrte Damen und Herren: Die Umsetzung eines Programms muss jetzt mit Hochdruck angegangen werden: Die Umsetzung der Regionale-Projekte.

Sie wissen, dass wegen der Probleme im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wuppertaler Schwebebahn die ursprünglich vorgesehenen Eigenmittel der Stadt für die Regionale-Projekte um 50 % des damaligen Volumens von 58 Mio. € auf 29 Mio. € reduziert werden mussten.

Ich erspare Ihnen an dieser Stelle Einzelheiten der unendlichen Geschichte, die mit unserer Regionale verbunden waren und hoffe, dass wir jetzt in sicherem Fahrwasser sind – aber Sie können mir glauben: Dies war ein hartes Stück Arbeit mit vielen Verhandlungen und Abstimmungen!

Dem Haushaltsplan können Sie entnehmen, dass die Kulturachse Barmen mit den Teilmaßnahmen Historisches Zentrum, Engelsgarten, Sanierung Opernhaus, Umgebung Oper und einigen verkehrlichen Maßnahmen umgesetzt wird.

Im Übrigen besteht breiter Konsens auch den Bahnhofsvorplatz attraktiver zu gestalten.

Das Projekt Zoo ist geprägt durch die vorgesehene Zooerweiterung, also den Neubau der Großkatzenanlagen und die Umgestaltung des Eingangsbereichs. Dazu muss es uns auch noch gelingen, die Zoo-Gaststätten für das Jahr 2006

attraktiv zu gestalten. Daneben wird endlich die alte Sambatrasse zum Fuß- und Radweg-

Das Freiraumprogramm Talachse beinhaltet die Gestaltung unserer Historischen Parks – allen voran die Umgestaltung der Hardt einschl. Villa Eller -, Maßnahmen entlang der Wupper und in den Barmer Anlagen.

Darüber hinaus präsentieren wir gemeinsam mit Remscheid und Solingen unsere Verbundprojekte – als zentrales den herrlichen Brückenpark Müngsten.

Für das Projekt Döppersberg liegt dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 26.09.2005 eine endgültige Entscheidungsvorlage vor. Sie macht deutlich, dass wir dank der Zusage von Verkehrsminister Wittke weiterhin mit der Gewährung der entsprechenden Landesförderung rechnen können und insofern die Absichtserklärung der alten Landesregierung weiterhin Gültigkeit hat. An dieser Stelle möchte ich Oliver Wittke ausdrücklich Danke sagen!. Er ist meiner Bitte nach einem Spitzengespräch sehr schnell gefolgt und hat in unkomplizierter Weise sowohl beim Projekt Döppersberg als auch bei der Schwebebahn geholfen, den Knoten zu durchschlagen und uns damit Planungssicherheit gegeben.

Voraussetzung für die Realisierung des Projekts Döppersberg ist allerdings, dass wir an unserer Planungskonzeption

festhalten und das ist gut so, weil sie zukunftsweisend und mutig ist.

Da wegen bereits gebundener städtischer Regionale-Mittel nur noch 14 Mio. € Eigenmittel zur Verfügung stehen, die bisherige Kostenplanung für den Döppersberg jedoch mit einem Volumen von rd. 23 Mio. € abschließt, war es unverzichtbar – und dazu gibt es ja auch einen klaren Ratsbeschluss – Kosteneinsparungspotenziale zu realisieren.

Die Verwaltung schlägt Ihnen hierzu eine Prüfung vor, ob sich durch Public Private Partnership eine Einsparung erzielen lässt! Daneben werden Investitionsprojekte verschoben, deren Landesförderung ohnehin fraglich ist.

Wenn der Rat - und danach sieht es aus - diesem Vorschlag am 26.09.2005 folgt, ist die Realisierung des Döppersbergs unumkehrbar.

Der Döppersberg mit einem neuen Busbahnhof, einer Aufwertung des Bahnhofsvorplatzes, einer neuen Verkehrsführung mit Tieferlegung der B 7 und einer Schließung des Tunnels ist die herausragende Stadtentwicklungsmaßnahme Wuppertals. Wir haben nur jetzt die einmalige Chance ein solches Projekt in zentraler Innenstadtlage zu realisieren. Es wird das Gesicht unserer Stadt insgesamt positiv und nachhaltig verändern – in städtebaulicher, verkehrlicher, funktionaler und architektonischer Hinsicht.

Allen Kritikern, deren Worte ich sehr ernst nehme, sage ich allerdings: Die jetzt erkämpfte Zusage von Landesmitteln gilt nur für dieses Projekt Döppersberg – wenn wir nur den geringsten Anlass bieten, wird das Land davon abrücken und die Mittel anderen Kommunen zuweisen. Im Übrigen ist es auch nicht so, dass wir mit diesen Mitteln andere Maßnahmen in unserer Stadt realisieren können – wie z.B. Schulsanierungen, Straßenreparaturen oder Bereitstellung von Mittagessen für bedürftige Kinder: Nein – die Landesmittel für den Döppersberg sind nur für das Projekt zweckgebunden. Und wenn wir sie nicht abrufen bleibt der alte, unzureichende Zustand ohne jede Perspektive auf Veränderung. Also – lassen Sie uns den Mut und den gemeinsamen Willen zur Realisierung bekräftigen! Und lassen Sie uns ebenso mutig wie unsere Vorfahren sein, die vor über 100 Jahren die Schwebebahn gebaut haben!

Ich bin der festen Überzeugung: Die Regionale 2006 wird ein großer Erfolg und sie ist eine Chance für Wuppertal und die gesamte bergische Region, sich von der besten Seite zu zeigen und für uns zu werben.

Neben der Regionale ist das Zoo-Jubiläum das 2. Großereignis! Das Zoo-Jubiläum hat ja eigentlich schon begonnen – mit der Geburt von Bongi hat geradezu ein Boom eingesetzt und die Besucherzahlen nach oben schnellen lassen. – Und für 2006 wird sich der Zoo noch weiter herausputzen; die baulichen

Maßnahmen habe ich bereits angesprochen – ein weiterer Höhepunkt wird unsere Pinguinale sein – eine phantastische Idee!

Eine solche Chance positiv für Wuppertal, Marketing zu machen, kommt so schnell nicht wieder. Deshalb bitte ich alle ganz herzlich: Ziehen wir an einem Strang und locken die Menschen nach Wuppertal.

Ein jüngstes Beispiel sollte uns dabei gut im Gedächtnis bleiben: Der Weltjugendtag hat uns durch die 17.000 jungen Menschen gezeigt, wie fröhlich und unbeschwert unsere Stadt ist. Für die Organisation und wirklich reibungslose Durchführung möchte ich auch an dieser Stelle meinen Dank sagen.

Ein Wort noch zum Stadtmarketing allgemein:

Ich habe mit Ihrer Unterstützung unmittelbar nach meinem Amtsantritt eine Neuorganisation des Stadtmarketings initiiert. Es ging mir darum, durch eine strukturelle Veränderung die Kräfte zu bündeln, Partnerschaften zwischen Stadt und Privaten zu entwickeln, Flexibilität zu erreichen und neue Finanzspielräume zu erschließen.

Ich glaube, dies ist uns mit der vom Rat verabschiedeten Gründung der GmbH gelungen. Für die Unterstützung Ihrerseits bedanke ich mich hier ausdrücklich.

Mittlerweile hat die Gesellschaft rd. 30 Partner – allesamt namhafte Unternehmen oder Einrichtungen und eine breite Palette von Aufgaben vor der Brust.

Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsplanentwurf zeigt Ihnen durch die von mir angesprochene Priorisierung und Konsolidierung den Weg, wie wir Handlungsspielräume zurückgewinnen können.

Dies wird uns jedoch nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen von Bund und Land stimmen. Aus eigener Kraft können wir dies nicht schaffen.

Eine Voraussetzung kommunaler Eigenständigkeit ist die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips – also des Grundsatzes, dass derjenige, der Aufgaben auf die Kommunen verlagert, auch für deren vollständige Finanzierung zu sorgen hat.

Glücklicherweise ist es gelungen, noch in der alten Legislaturperiode die Landesverfassung entsprechend zu novellieren; darin heißt es u.a.: „Führt die Übertragung einer Aufgabe oder die Veränderung bedeutender und übertragbarer Aufgaben zu einer wesentlichen Belastung der davon betroffenen Gemeinden, ist dafür durch Gesetz oder Rechtsverordnung aufgrund einer Kostenfolgenabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich für die entstehenden notwendigen Aufwendungen zu schaffen.“



Wir müssen jetzt gemeinsam wachsam sein, dass diese Bestimmung auch konsequent eingehalten wird.

Die neue Landesregierung hat angekündigt, Bürokratie abzubauen.

Dieses Ansinnen ist richtig und überfällig! Ich werde das Land in seinem Bemühen unterstützen.

Alle Geschäftsbereiche sind daher gebeten worden, aus ihrer Sicht alles das zu benennen, was der Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung dient.

Wir brauchen weniger Vorschriften, sondern umsetzungsorientiertes Handeln.

Immer häufiger kommen auch aus Europa neue bürokratische Vorgaben, die uns hindern. Auch hier gilt: Mit noch mehr Regelungsdichte ist nicht zwangsläufig ein besseres Ergebnis verbunden!

Sehr geehrte Damen und Herren, einen Weg, den wir - in kommunaler Verantwortung - gehen können, um weitere Synergien zu erschließen und uns Handlungsspielräume zu eröffnen, gehen wir bereits: Es ist der Weg der interkommunalen Zusammenarbeit besonders mit Solingen und Remscheid.

Die Kooperation im Bereich der Feuerwehr ist auf einem guten Wege, zum Ende des Jahres 2006 soll die gemeinsame Leitstelle Wuppertal – Solingen in Betrieb gehen; zur

Volkshochschule haben die drei Räte einen Grundsatzbeschluss gefasst; der Durchführungsbeschluss wird unter enger Einbindung der Fachleute aus allen Fraktionen für das 4. Quartal d.J. vorbereitet.

Weitere Projekte werden zurzeit geprüft; dem Sachstandsbericht, der Ihnen zur nächsten Ratssitzung vorgelegt wird, können Sie Einzelheiten entnehmen.

Wir werden immer sorgsam darauf achten müssen, ob sich Kooperationen wirklich lohnen und vor allen Dingen müssen wir als größter der drei Partner immer sicher stellen, dass Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe geführt werden – sonst kann das zarte Pflänzchen interkommunale Zusammenarbeit schnell sterben!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe Ihnen gerade die wichtigsten Handlungsschwerpunkte und Herausforderungen für unsere Stadt aufgezeigt – zugegebenermaßen in komprimierter Form und ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Sie machen gleichwohl deutlich, dass wir trotz der vorliegenden Restriktionen unseres Haushalts immer noch gestalten wollen und auch können – und zwar quer durch alle Bereiche städtischen Lebens. Mehr als bisher sind heute allerdings Kreativität und Gemeinsinn gefordert.

Sie haben sicherlich auch festgestellt, dass diese Grundausrichtung und Priorisierung genau das Spektrum meiner unmittelbar nach Amtsantritt festgelegten fünf

strategisch-politischen Ziele abdeckt. Ich habe sie aufgestellt, um eine klare, eindeutige Orientierung zu geben, um deutlich zu machen, wo die Haupthandlungsfelder in unserer Stadt liegen, welche Probleme wir lösen müssen und was wir konkret dafür tun müssen. Damit wollte ich auch bewusst weg von der bisher vorhandenen Vielzahl von Zielen, die nicht mehr handhabbar waren. Dafür, dass der Rat im Rahmen seiner Beschlüsse zur Optimierung des Steuerungssystems meinen Zielen gefolgt ist, bedanke ich mich ausdrücklich. Wir haben jetzt damit ein System von strategischen Zielen und diesen Zielen zugeordneten Unterzielen und Maßnahmen. Über die Ziele mit herausgehobener stadtweiter Bedeutung – insgesamt rd. 40 – werden wir den Rat vierteljährlich informieren.

Damit verfügen wir jetzt erstmalig über ein einheitliches und einfaches Steuerungssystem.

Auch dieser Ratsbeschluss ist ein deutlicher Beleg dafür, dass wir in wichtigen Entscheidungen in breitem Konsens tätig werden.

Und hier wiederhole ich gerne, was ich in meiner Antrittsrede vor dem Rat gesagt habe: Die Wuppertalerinnen und Wuppertaler erwarten von der Politik Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit, dass sie Verantwortung wahrnimmt, Entscheidungen trifft und deutlich macht, welche Konsequenzen diese haben. Die Bürgerinnen und Bürger wollen Themen, die sie betreffen, verstehen und nachvollziehen.

Wir müssen sie durch gute sachorientierte Arbeit überzeugen, auf Scheingefechte und Sprechblasen verzichten und so Vertrauen zurückgewinnen. Demokratie ist lokal am stärksten!  
Ich bin der festen Überzeugung, dass wir hier auf einem guten Wege sind - herzlichen Dank dafür!

Die Verwaltung hat hoch motivierte, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die trotz vielfach vorhandener Arbeitsverdichtung, trotz Stellenabbau und teilweise kaum noch vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten ihre Arbeit sachkompetent und bürgernah erfüllen.

Bürgerorientierung ist und bleibt Hauptanliegen von mir.

Jeder hat das Recht, zuvorkommend und freundlich behandelt zu werden; alle Anliegen sind so schnell wie möglich zu bearbeiten, Entscheidungen – auch wenn sie für den Bürger negativ sind – müssen nachvollziehbar begründet werden.

Ich werde weiterhin regelmäßig Bürgersprechstunden durchführen, um unmittelbar mitzubekommen, wo der Schuh drückt.

Jeder kann sich mit Anliegen, Anregungen, Kritik und Beschwerden jederzeit an mich wenden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Stadt Wuppertal ist nicht auf Rosen gebettet, hat jedoch auch keinen Grund, sich zu verstecken und das Klagelied anzustimmen.

Vor Ihnen liegt ein Haushalt mit engem Korsett.

Die nächsten Jahre – auch wenn ich die mittelfristige Finanzplanung mit einbeziehe – weisen auch Chancen für Stadtentwicklung auf. Ich nenne zusammengefasst die wichtigsten Maßnahmen:

- Die laufende Sanierung des Opernhauses und die anschließend vorgesehene Sanierung des Schauspielhauses;
- die Umgestaltung der Schwimmoper;
- das Döppersberg-Projekt
- den Neubau einer Feuerwache auf Korzert;
- die Umgestaltung des Hauses der Jugend;
- die zahlreichen Maßnahmen im Zoologischen Garten und dessen Umfeld;
- die notwendigen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Projekt der offenen Ganztagsgrundschule sowie die sonstigen Schulsanierungs- bzw. Erweiterungsmaßnahmen in einer Größenordnung von rd. 20 Mio. €;
- die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln und neuen Medien;
- die Sanierung von Brücken und Treppen;
- und – nicht zuletzt die Vollendung des Ausbaus der Schwebebahn, für den wir einen städtischen Eigenanteil von 58 Mio. € leisten.

Hier freue ich mich außerordentlich, dass es nach monatelanger Hängepartie mit den unterschiedlichsten

Schuldzuweisungen jetzt endlich gelungen ist, einen Weg mit dem Land zu finden, den Ausbau der Schwebebahn zu vollenden. In meinem sehr konstruktiven Gespräch mit Verkehrsminister Wittke haben wir vereinbart, die strittigen Beträge im laufenden Widerspruchsverfahren zu klären – sie aber von den unstrittigen zu trennen.

Damit wird es jetzt möglich, auf der Grundlage des vorliegenden Bewilligungsbescheides des Landes in Höhe von 105 Mio. € den Ausbaustopp unmittelbar aufzuheben.

Ein großartiges Ergebnis, das zeigt, dass bei allen Beteiligten der Wille zur Einigung vorhanden ist!

Sehr geehrte Damen und Herren, die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2006/2007 möchte ich zunächst zum Anlass nehmen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung zu bedanken, die ihre Aufgaben trotz häufig bestehender Belastungen und fehlender Aufstiegsperspektiven bürgernah und sachkompetent erledigen. Mein Dank gilt insbesondere auch denjenigen, die an der Haushaltsplanaufstellung mitgewirkt haben – allen voran die Mitarbeiter in der Kämmerei!

Ich möchte darüber hinaus Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete, für die Zusammenarbeit in den letzten 11 Monaten danken.

Ich blicke zurück auf eine Zeit sehr kooperativer und stets sachorientierter Arbeit. Ich habe es als wohltuend empfunden,

dass wir es praktiziert haben, die großen Themen dieser Stadt weitgehend im Konsens anzupacken und zu entscheiden. Ich bin Oberbürgermeister aller Wuppertalerinnen und Wuppertaler, auf deren Hilfe und Unterstützung ich setze.

In diesem Sinne bitte ich Sie alle, lassen Sie uns gemeinsam unser schönes Wuppertal gestalten!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.